**1. Einordnung Lieferkettenproblem in WB-Vorhaben**

Es fehlt oder wird verhindert, was tiefste Ursachen einer Vielzahl von Krisen:

Versuch einer **Ethik für die Globalisierung und der technologischen Zivilisation.**

Frühere Formen der Zukunftsethik und damit der Zukunftsverantwortung eines Staatsmannesmüssen unumgänglich erweitert werden.

(Neuer oder erweiterter kategorischer Imperativ als philosophisches Problem

bleibt seit den 80 er Jahren unbearbeitet – es lebe die Spontanität der Plan für den „Hausbau im Kopf“ ist verteufelt.)

Der Mensch ist Opfer der Technik und der Globalisierung.

Bsp. Genetische Manipulation: Mensch will seine eigen Evolution in die Hände nehmen; nicht mehr Gattung erhalten, sondern verbessern und verändern nach eigenen Entwurf.

Wie kommt dieser Entwurf oder diese Entwürfe zustande – evolutionär

oder chaotisch? Wo ist das Prinzip Verantwortung angesiedelt?

*Das wollen wir besprechen.*

Realanalyse

Zukunft: gewählter Ausweg

Was verträgt Mensch und Umwelt?

**2. Dringende Notwendigkeit**

Die (politisch motivierte) Sanktionspolitik der westlichen Welt, befördert

weit über die Region hinaus Menschenrechtsverletzungen und Umweltzerstörung in Rohstofflieferketten Davor warnt die „Initiative Lieferkettengesetz", ein Zusammenschluss aus mehr als 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen. In einer in der vergangenen Woche veröffentlichten Analyse zeigt das Bündnis, wie Bundesregierung und Unternehmen nach alternativen Quellen für Steinkohle, metallische Rohstoffe und Erdöl aus Russland suchen. Dabei geraten zunehmend Regionen wie Kolumbien oder Indonesien in den Fokus,

Das letzte Woche beschlossene Ölembargo der EU verschärfe diese Entwicklung zusätzlich.   
  
„Indigene in Kolumbien dürfen nicht zu den Leidtragenden der Sanktionen gegen Putin werden.   
  
Seit dem EU-Beschluss über ein Kohleembargo gegen Russland setzt die Bundesregierung verstärkt auf Steinkohle aus Kolumbien. Der dortige Tagebau bedroht das Recht auf Wasser der umliegenden indigenen Gemeinden, Zwangsumsiedlungen und Mordanschläge sind keine Seltenheit. Auch um russisches Erdöl zu ersetzen, will Deutschland Importe aus anderen Ländern steigern. Potenzielle Herkunftsländer wie Nigeria, Kasachstan oder die Vereinigten Arabischen Emirate sind für schwere Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen berüchtigt. Der französische Konzern TotalEnergies plant zudem Erdölbohrungen und Pipelines in ökologisch hochsensiblen Regionen in Uganda und Tansania. Um Nickelimporte zu ersetzen, suchen Unternehmen Ersatz aus Indonesien und den Philippinen. In beiden Ländern sind Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Nickel weithin bekannt.  
  
„Ob Gas aus Katar, Kohle aus Kolumbien oder Öl aus Uganda:

Wenn Unternehmen sich jetzt neue Lieferketten aufbauen, muss die EU mit einem Lieferkettengesetz sicherstellen, dass Umwelt und Menschenrechte wirksam geschützt werden",   
  
Ein Embargo für russisches Öl darf nicht dazu führen, dass wir im Jahr 2022 fossile Megaprojekte weiter vorantreiben und für Jahrzehnte unsere Abhängigkeit zementieren.   
  
Bislang sind deutsche und europäische Unternehmen nicht dazu verpflichtet, in ihren Lieferketten auf die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards zu achten:

Das deutsche Lieferkettensorgfaltpflichtengesetz tritt erst 2023 in Kraft, eine europaweite Regelung gibt es bislang noch nicht. Die EU-Kommission hatte im Februar zwar einen Entwurf für ein EU-Lieferkettengesetz vorgelegt. Dieser enthält jedoch noch viele Schlupflöcher, wie zahlreiche zivilgesellschaftliche Organisationen aus Deutschland und Europa kritisierten. In ihrem Koalitionsvertrag haben sich SPD, Grüne und FDP zu einem „wirksamen EU-Lieferkettengesetz" bekannt.